

Washington droht Lima

Peru: Regierungskrise wegen gestoppten Kampfjetdeals mit USA. Streit um außenpolitische Ausrichtung vor Stichwahl um Präsidentenamt

Von Volker Hermsdorf

In Peru geht die politische Dauerkrise in die nächste Runde. Dem Chaos bei der Parlaments- und Präsidentschaftswahl folgt bereits der nächste Eklat in der Regierung. Nachdem der Leiter des Nationalen Wahlbüros, Piero Corvetto, wegen Schuldzuweisungen für Probleme bei den Wahlen vom 12. April resigniert die Segel gestrichen hatte, traten am Mittwoch (Ortszeit) Außenminister Hugo de Zela und Verteidigungsminister Carlos Díaz zurück. Sie protestierten damit gegen den Stopp des geplanten Kaufs von US-Kampfjets im Wert von 3,5 Milliarden US-Dollar (rund drei Milliarden Euro) durch Übergangspräsident José María Balcázar. Mitglieder des Kongresses bereiten deshalb einen Misstrauensantrag gegen den amtierenden Staats- und Regierungschef vor.

Corvetto erklärte, er verlasse sein Amt, »damit die zweite Runde der Präsidentschaftswahl in einem Kontext größeren Bürgervertrauens erfolgen kann«. Im ersten Durchgang hatten 13 Wahllokale in der Metropolregion Lima so spät geöffnet, dass das Wahlrecht von 52.000 Bürgern beeinträchtigt worden sei, hieß es. Tatsächlich erfolgte der Rücktritt Corvettos aber nach Drohungen durch den ultrarechten Unternehmer Rafael López Aliaga, der nach aktuellem Stand knapp hinter dem linken Kandidaten Roberto Sánchez auf den dritten Platz abgerutscht ist. Keiko Fujimori, die Tochter des wegen Massakern und Korruption verurteilten Exdiktators Alberto Fujimori, liegt unbestritten vorn. Da aber kein Kandidat die absolute Mehrheit erreichte, muss in einer Stichwahl am 7. Juni bestimmt werden, wer künftig an der Spitze von Staat und Regierung steht.

Der Konflikt um die US-Kampfflugzeuge zeigt jedoch, dass die aktuelle Krise tiefer reicht als organisatorische Pannen bei der Wahl. Hinter den Rücktritten verbirgt sich ein Machtkampf um politische Kontrolle, internationale Verbindungen und die strategische Ausrichtung des Landes. Während Übergangspräsident Balcázar erklärte, die endgültige Entscheidung über den Kauf der F-16-Jets solle der nächsten Regierung überlassen werden, argumentierte Premierminister Luis Arroyo kurz darauf, dass der Vertrag von dem im Februar abgesetzten rechten Staatschef José Jerí unterzeichnet wurde. Eine erste Zahlung von zwei Milliarden US-Dollar sei bereits am Mittwoch geflossen.

Auch Washington macht Druck. US-Botschafter Bernie Navarro reagierte auf Balcázars Zögern mit einer aggressiven Botschaft und kündigte

Vergeltungsmaßnahmen an, falls Peru die heimlich mit der Vorgängerregierung unterzeichnete Vereinbarung nicht einhalte. Passend dazu trafen zwei F-16 des »Viper Demonstration Teams« der US-Luftwaffe in Lima ein, um an einem Luftfahrtfestival teilzunehmen – eine »zufällige« zeitliche Übereinstimmung, die verdächtig wirkt und die außenpolitische Dimension unterstreicht.

Der peruanische Jurist und Politikwissenschaftler Óscar Vidarte warnte gegenüber der Agentur *Sputnik* indes vor einer »militärischen Ausrichtung« auf Washington, die das Gleichgewicht der Außenpolitik gefährde. Besonders brisant sei dies, weil China derzeit Perus wichtigster Handelspartner ist. Eine einseitige Bindung an Washington könnte die Beziehungen zu Beijing gefährden und das Land von den USA abhängig machen, so Vidarte.

<https://www.jungewelt.de/artikel/521533.peru-washington-droht-lima.html>